

# DIE NPD

EINE GEFAHR FÜR SOZIALE  
MARKTWIRTSCHAFT, BETRIEBE  
UND ARBEITSPLÄTZE IN  
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Informationen für Mitarbeiter und Unternehmen

VEREINIGUNG DER  
UNTERNEHMENSVERBÄNDE  
FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN E.V.





## VORWORT

Über die NPD und den Rechtsextremismus wird derzeit, neben einem möglichen Verbotsverfahren und der Nichtzulassung von Bewerbern zu Wahlen, vornehmlich in der Auswirkung der Ausländerfeindlichkeit diskutiert. Für die Betriebe und die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern liegt hier tatsächlich eine große Gefahr und Herausforderung.

Zum einen kann es innerbetrieblich zu Problemen kommen, wenn ausländische Mitarbeiter oder solche mit Migrationshintergrund Ziel von verbalen oder körperlichen Angriffen sind. Zum anderen können Firmen und ganze Wirtschaftszweige betroffen sein, wenn sich bei Kunden und Zulieferern der Eindruck verfestigt, ein großer Teil der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern habe eine rechtsextreme und menschenfeindliche Grundeinstellung. Der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern schätzt, dass Umsatzeinbußen von 120 bis 200 Millionen Euro zu verzeichnen sind, weil Urlauber Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des „Rechtsextremismus“ meiden.<sup>1</sup>

Aber auch aus anderen Richtungen droht Gefahr. Das Staats- und Wirtschaftsverständnis der NPD orientiert sich am nationalsozialistischen Vorbild: Ein totalitärer Staat und weniger Markt, mehr Lenkung und weniger Freiheit sind Kernelemente der NPD-Programmatik. Diese Ideologie wird auch über die

**Aufmarsch** der rechtsextremen NPD in der Schweriner Innenstadt im Mai 2005 (Foto: Büttner)



Themen Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Mindestlohn, Niedriglöhne und Managergehälter transportiert. Da auch andere politische Parteien und gesellschaftliche Gruppen diese Themen kritisch aufnehmen, wird die Hemmschwelle für ablehnende und radikale Haltungen gesenkt, die NPD erscheint salonfähig und als eine ganz normale demokratische Partei – was sie in keiner Weise ist. Sie will die Demokratie abschaffen, sie dient ihr nur – wie ihren historischen Vorbildern – als Instrument für die Errichtung einer Diktatur.

Der NPD-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, äußerte offen antisemitische Parolen bei NPD-Veranstaltungen und sprach davon, die NPD wolle unseren Staat maximal schädigen. Dafür, so Pastörs, *„müssen wir arbeiten, kämpfen und notfalls auch bluten. Angriff heißt die Parole [...] Wenn wir das definiert haben, schlagen wir politisch eiskalt los.“*<sup>2</sup>

Unternehmen und Gewerkschaften sind daher umso mehr gefordert, die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen zu begleiten und inner- und außerbetrieblich die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der sozialen Marktwirtschaft zu verteidigen. So kann nicht nur einer drohenden Gefahr in den Betrieben entgegengewirkt werden, sondern es wird auch ein wichtiger gesellschaftlicher



Beitrag geleistet. Erfolgreiches Unternehmertum braucht Freiheit, Vielfalt und Demokratie. Dazu bekennen sich die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und der DGB Nord als Dachverband der Gewerkschaften.

Nazismus droht heute überall dort, wo Menschen diskriminiert und wo ökonomische und soziale Konflikte als nationalistische, rassistische oder kulturelle Auseinandersetzungen verfälscht werden. Davor ist niemand gefeit. Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern und der DGB Nord möchten mit dieser gemeinsamen Broschüre zur Aufklärung beitragen und öffentlich und unmissverständlich Stellung beziehen.



1 Ostsee-Zeitung vom 08.11.2007

2 Fernsehmagazin „Panorama“ vom 5. März 2009

Udo Pastörs  
(Fotos: Büttner)

# GLOBALISIERUNG



Die NPD missbraucht den Begriff der Globalisierung<sup>3</sup>. Globalisierung wird von ihr pauschal als Grund für Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Krankheit aufgeführt und zum Grundübel der heutigen Zeit erklärt, dem eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ als Alternative gegenüber gestellt werden soll.<sup>4</sup>

Deutschland hat vor schon über hundert Jahren mit seinen Qualitätsprodukten „Made in Germany“ weltweit Anerkennung und Absatzmöglichkeiten gefunden. Die Exportquote im verarbeitenden Gewerbe liegt bei über 40 Prozent und selbst im industrieschwächeren Mecklenburg-Vorpommern bei 26,6 Prozent. In einzelnen Wirtschaftsbereichen (Schiffbau, chemische Industrie) trägt der Export die Hälfte zum Umsatz bei, in verschiedenen großen Betrieben sogar 60 bis 80 Prozent. Fast 4 Milliarden<sup>5</sup> Euro Umsatz werden in Mecklenburg-Vorpommern jährlich mit dem Export erzielt, daran hängen rechnerisch rund 15.000 Arbeitsplätze in den Betrieben. Faktisch sind es durch Zulieferbetriebe und industrielle Dienstleistungen und weitaus mehr.

Betriebe und somit auch die Beschäftigten profitieren von der Möglichkeit, Vorprodukte und Rohstoffe zu importieren. Vieles kann national nicht oder nur

**NPD-Aufkleber** "Kauft deutsche Produkte!",  
paketweise angeboten  
durch die NPD  
(Foto: Büttner)





zu hohen Kosten beschafft werden. Die internationale Arbeitsteilung und die Freiheit des Warenverkehrs bilden damit auch die Grundlage bei der Beschaffung für viele Produktionsbereiche und Millionen von Arbeitsplätzen.

„Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen für Billigprodukte“<sup>6</sup> fordert die NPD. Aber eine geschlossene regionale oder nationale Volkswirtschaft würde unweigerlich dazu führen, dass Vorleistungen und Vorprodukte wegbrechen, die Wettbewerbsfähigkeit und der Absatz sinken. Auch die anderen Staaten würden dem Protektionismus (Handelshemmnissen) mit gleichen Mitteln begegnen. Das alles hätte ausgesprochen negative Folgen für Beschäftigung, Löhne und Gewinne. Die in den letzten Jahren mühsam aufgebauten und erhaltenen industriellen Kerne in Mecklenburg-Vorpommern würden unweigerlich verschwinden und mit ihnen Tausende von Arbeitsplätzen, die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften würde zunehmen. Übrigens profitiert auch die NPD gern von der Globalisierung: Sie ließ nach einem Bericht des Fernsehmagazins Fakt vom 13.6.2005 ihre Zeitung aus finanziellen Gründen in Polen drucken.

**3 Unter Globalisierung versteht man** den Prozess der zunehmenden internationalen Verflechtung in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation, etc.) Diese Intensivierung der globalen Beziehungen geschieht auf der Ebene von Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten. Als wesentliche Ursache der Globalisierung gelten der technische Fortschritt insbesondere in den Kommunikations- und Transporttechniken sowie die politischen Entscheidungen zur Liberalisierung des Welthandels ([www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org))

**Demonstration im Mai 2005.** twa 100 Anhänger der NPD marschieren am Samstag, den 14. Mai 2005 durch die Innenstadt von Schwerin. Die Rechtsextremen demonstrierten gegen EU und Globalisierung.

Fast alle Betriebe sind mittlerweile „globalisiert“, sei es beim Einsatz von Artikeln oder beim Absatz der eigenen Produkte. Wichtige Branchen, wie Windenergie oder Schiffbau, könnten ohne die Einbindung in die globale Wirtschaft nicht überleben. Auch das tagtägliche Leben der Bevölkerung enthält viele „globale“ Elemente, sei es beim Einkauf, beim Fortbewegen, bei der Informationsbeschaffung, im Gesundheitswesen, beim Urlaub, usw. Um unbefriedigende Zustände oder Entwicklungen zu erklären und zu bekämpfen, ist der pauschale Begriff der Globalisierung daher nicht geeignet. Es ist aber wichtig zu erklären, in welchem großen Maße internationale wirtschaftliche Beziehungen zum Wohlstand beitragen und wie viele Arbeitsplätze dadurch geschaffen wurden.

Volkswirtschaften waren immer international verflochten. Negative Auswirkungen, Fehlverhalten und Fehlentwicklungen im Rahmen des globalen Wirtschaftens müssen kritisch gesehen und hinterfragt werden.

**4 Aktionsprogramm** der NPD, S. 16 ff.

**5 Ausfuhr** Mecklenburg-Vorpommern 2006 insgesamt 3,764 Mrd. EUR (Stat. Jahrbuch M-V 2007, S. 460/461)

**6 Flugblatt** „Fahr nicht fort – kauf im Ort!“ der NPD Mecklenburg-Vorpommern

## STAATSWIRTSCHAFT



(Foto: Büttner)

Vergrößern und Vereinfachen gehört auch beim Thema „Privatisierungen“ zum politischen Stil der NPD. Die privatwirtschaftliche Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge wird grundsätzlich abgelehnt.<sup>7</sup> Eine „Zurückführung von privatisiertem Volkseigentum in die öffentliche Hand“ wird angestrebt.<sup>8</sup> Die Diskussion über den Nutzen von privatisierten öffentlichen Dienstleistungen wird seit einigen Jahren in unserer Gesellschaft sehr intensiv geführt. Die NPD nutzt diese Situation für ihre eigenen totalitären Zwecke und Absichten.

So fordert sie zum Beispiel die Verstaatlichung großer Bereiche, der Staat soll „als Vertreter der Allgemeinheit“ das Stimmrecht

auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften für nicht anwesende Aktionäre ausüben. Konzerne sollen einer „demokratischen Kontrolle“ auf nationaler Basis unterworfen, ausländische Beteiligungen beschränkt oder ganz untersagt werden. In einem Landtagsantrag wird die Überführung von privaten Energiekonzernen in einen nationalen Energiekonzern gefordert.<sup>9</sup>

Ganz offen will die NPD die Soziale Marktwirtschaft abschaffen und die „Kontrolle der Geld-, Güter- und Menschenströme“ übernehmen. Unter dem Motto „Primat der Politik gegen die Interessen der Kapitaleigner“ soll der Staat nach den Vorstellungen der NPD das freie Unternehmertum abschaffen und die Staatswirtschaft wieder einführen. In einer „Sozialen Marktwirtschaft“, wie wir sie verstehen, kommt es aber auf den richtigen Mix an aus Dienstleistungen, die am besten in der öffentlichen Hand bleiben und solchen, die auch von privaten Unternehmen erledigt werden können.

**7 Landtag Mecklenburg-Vorpommern**, Drucksache 5/650 vom 27.06.2007

**8 „Privatisierung ist Diebstahl!“**, Flugblatt der NPD

**9 Landtag Mecklenburg-Vorpommern**, Drucksache 5/797 vom 05.09.2007

## STAATLICHE INDUSTRIEPOLITIK



(Foto: Büttner)

Mit einem „Maßnahmenpaket“ sollen laut NPD abgewanderte Industrien wieder angesiedelt und ausgebaut werden. Speziell werden die Grundstoffindustrie und die Textilindustrie aufgeführt. Globale und wirtschaftliche Zusammenhänge sollen dadurch ausgeschaltet werden, dass mit einer national ausgerichteten, staatlich gelenkten Volkswirtschaft das Ziel verfolgt wird, „die Sicherung der sozialen Rechte unseres Volkes in den Mittelpunkt“ zu stellen.<sup>10</sup>

Unter dem Titel „Regionale Wirtschaftskreisläufe statt unsinnige Leuchtturmpolitik“ wird gefordert, dass sich die Wirtschaft von ihrer „Export-Lastigkeit“ abkehren muss. Somit soll auch die damit verbundene Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitäten an wenigen Standorten unterbunden und stattdessen regionalisiert werden.<sup>11</sup>



Getreu ihren nationalsozialistischen Vorbildern laufen die industriepolitischen NPD-Forderungen auf eine vollkommene Ausschaltung der Sozialen Marktwirtschaft hinaus. Der soziale Ausgleich würde demnach nicht mehr über die sozialen Sicherungssysteme, das Steuersystem und die Tarifpolitik erfolgen, sondern durch direkte industriepolitische Eingriffe in das Wirtschaften der Unternehmen. Unökonomisches Handeln durch politische Vorgaben führt aber, wie wir aus leidvoller Erfahrung wissen, unweigerlich zu deutlich schlechteren Ergebnissen. Dieser Verlust muss dann volkswirtschaftlich ausgeglichen werden. Letztendlich ist das eine Rechnung, die nicht aufgehen kann und die zu einem erheblichen Wohlstandsverlust führen muss. Nicht nur die Freiheit des Unternehmers würde beschränkt, sondern auch die Einkommensgrundlagen und Entwicklungschancen aller Beschäftigten.

**10 Flugblatt** „Arbeit für alle Deutschen“ von NPD und JN

**11 Flugblatt** „Unternehmer unternimm was!!“ der NPD Mecklenburg-Vorpommern

# ARBEITNEHMERRECHTE UND BETRIEBSVERFASSUNG



Die Vereinigung der Unternehmensverbände für M-V und der DGB Nord setzen sich gemeinsam für einen sozialpartnerschaftlichen Umgang in den Betrieben und in der Tarifpolitik ein. Dass sie hier häufig unterschiedliche Auffassungen haben und konkurrierende Interessen verfolgen, ist ihr gutes Recht. Auseinandersetzungen, Interessenausgleich und Streitkultur



gehören aber selbstverständlich zu unserer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft.

Die NPD verfolgt auch hier ein völlig entgegen gesetztes Ziel. Nicht ohne Grund ist auf ihren Veranstaltungen mitunter das Logo der Deutschen Arbeitsfront zu sehen. Sie wurde nach der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 gegründet und trat an die Stelle der Gewerkschaften. Betriebliche Mitbestimmung und Tarifverhandlungen wurden abgeschafft, die letzten Vertrauensleute-Wahlen fanden 1935 statt. Unternehmer wurden zu „Führern“ in ihren jeweiligen Betrieben ernannt, die Belegschaft hieß fortan „Gefolgschaft“.

Im Programm der NPD findet sich über die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, über Koalitionsfreiheit, Arbeitsschutz oder Tarifverträge kein Wort. In einem System, in dem das NS-Prinzip von Befehl und Gehorsam auf die Arbeitswelt übertragen wird, ist für eine Selbstorganisation der Beschäftigten und der Arbeitgeber kein Platz. So heißt es etwa im Programm der NPD, dass „Gruppenegoismen“ in der Gesellschaft zu überwinden seien. Unter „Gruppenegoismen“ versteht die extreme Rechte die Bildung von Interessengruppen und ihre Vertretung in der demokratischen Gesellschaft.

## STAATLICHE LOHNPOLITIK

Die NPD fordert einen staatlichen Mindestlohn von 8,80 Euro. Dahinter verbirgt sich allerdings keine reale Forderung zur Abschaffung von niedrigen Löhnen, sie soll lediglich eine Verbindung zum Nationalsozialismus signalisieren, denn „88“ ist für Neonazis der Zahlencode für „Heil Hitler“.

In der gleichen braunen Tradition stehen Ausführungen zur „Zeit- und Leiharbeit. Hier betätigt sich die NPD als Trittbrettfahrer der sozialen Frage. Unternehmen werden als „Menschenhändler“ und „Sklavenhändler“ bezeichnet, die Arbeitnehmer als „Arbeitsklaven“. Weil „die Leihbetriebe die Zeitarbeit nicht mehr (wie ursprünglich gedacht) zum Ausgleich von Produktionsspitzen einsetzen, sondern um Löhne zu drücken, soziale Mindeststandards zu unterlaufen, Tarifverträge auszuhöhlen und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen.“

Es macht für uns einen sehr großen Unterschied, ob demokratische und pluralistische Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften über diese Themen diskutieren oder eine rechtsextreme Partei. Die einen streiten autonom und geschützt durch das Grundgesetz über Mindestlöhne, Zeitarbeit usw. Für die rechtsextreme und neonazistische NPD ist diese Diskussion nur Mittel zum schrecklichen Zweck: Sie will die demokratische und freie Gesellschaft, das freie Unternehmertum, freie Gewerkschaften und die Tarifautonomie abschaffen.

**1. Mai** Demonstration der NPD in Rostock am 1. Mai 2010

Die Forderungen der NPD würden aus Sicht der Vereinigung der Unternehmensverbände für M-V und des DGB Nord zu einer Abschaffung der Tarifautonomie führen. Dieses totalitäre Verständnis verträgt sich nicht mit unserem Konzept einer unabhängigen Tarifpolitik durch freie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

## RAUMORIENTIERTE VOLKSWIRTSCHAFT

Grundlegende Bedürfnisse sollen laut NPD heimat- und lebensnah abgedeckt werden. Ernährung, Lebensmittel und Kleidung sollen nah am Verbraucher produziert werden.

Hier zeigt sich die opportunistische Anlehnung der NPD an die Umweltbewegung und die Genossenschaftsbewegung. Beide hatten die Emanzipation aller Menschen im Sinne, die NPD will sie in den Dienst ihrer menschenverachtenden Ideologie stellen.

Sie verkennt auch, wie Wirtschaft funktioniert und dass die lokalen, regionalen, nationalen und übernationalen Ebenen schon immer vernetzt waren. Das allein garantiert gesellschaftlichen und materiellen Fortschritt.

Die raumorientierte Volkswirtschaft à la NPD jedoch verhindert den Wettbewerb und führt zu regionalen Monopolstrukturen. Diese sollen durch die Förderung von Regionalwährungen, Regionalkaufhäusern etc. unterstützt werden. Auf der anderen Seite wird Unternehmen damit die Möglichkeit genommen, mit einem überregionalen Absatz mehr zu produzieren und sich zu entwickeln. Folgerichtig sollen „Konzernketten“ bei der Flächenvergabe nur eingeschränkt bedient werden.<sup>12</sup>

**12 Flugblatt** „Fahr nicht fort – kauf im Ort!“ der NPD Mecklenburg-Vorpommern

**Wahlergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. Sep. 2006**

- **7,3% der abgegebenen Stimmen gingen an die NPD.**
- **Nur ein Drittel aller Wahlberechtigten haben eine der beiden Regierungsparteien gewählt.** (Analyse der KAS: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9129-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9129-544-1-30.pdf))f
- **Bei den unter 30-jährigen männlichen Wählern haben 20,7% NPD gewählt.**
- **78% der NPD-Wähler haben aus Protest gewählt, 16% aus Überzeugung.**



(Foto: Büttner)

Die so genannte Raumorientierung soll verhindern, dass sich gut geführte Unternehmen weiter entwickeln können. Absatzchancen werden unterbunden. Wenn aber eine Vergrößerung und Entwicklung des Unternehmens nicht möglich ist, werden auch technischer Fortschritt, Produktivitätssteigerungen und Leistungsbereitschaft behindert. Abgeschottete Märkte hätten gravierende negative Auswirkungen auf Absatz, Produktion und Beschäftigung. Unternehmen und Beschäftigte treten auf der Stelle.

# „UNTERNEHMER-FREUNDLICHE“ NPD?



## Unsere Winzer müssen vor minderwertigen US-Importen geschützt werden!

Sachsen ist das kleinste Weinbaugbiet in Deutschland, doch die sächsischen Weine zeichnen sich durch eine besondere Qualität aus. Entlang der einzigartigen sächsischen Weinstraße von Rönka bis Dierbach-Seußlitz wird seit 800 Jahren Wein angebaut. Nach der politischen Wende 1989 hat sich der Weinbau in Sachsen wieder erholt und ist mittlerweile ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region.

Doch der deutsche Wein steht vor einer großen Herausforderung. Es kam, wie es kommen mußte: Die USA haben sich wieder einmal durchgesetzt - seit dem 1. Januar 2006 dürfen amerikanische Kunstweine auch ohne Kennzeichnung in deutschen Supermärkten verkauft werden! Schon sind auch die ersten gentechnischen Veränderungen geplant. Nach schrittweiser Nach dem Abkommen dürfen die bei der Weinerzeugung verwendeten Verfahren oder Behandlungen und Techniken auf dem Etikett nicht angegeben werden. Damit wird den Verbrauchern sogar noch die Möglichkeit genommen, sich über die in Deutschland angebotenen Weine und deren Herstellung Klarheit zu verschaffen und sich durch ihr Kaufverhalten bewußt zu

„Kunstweinen“ abzugrenzen. Inzwischen spricht sogar das Nachrichtenmagazin Der Spiegel von „Frankenstein-Winen“. Droht dem deutschen Konsumenten jetzt billiger „Keni-Fusel“?

Die Lage am deutschen Weinmarkt wird sich durch das neue Weinabkommen zwischen der EU und den USA noch einmal dramatisch verschärfen, da die EU damit - gegen die Interessen ihrer Bürger - unrittlichen Massenherstellungserfahren Tür und Tor öffnet. Dem heimischen Weinhandwerk droht deshalb ein riesiger wirtschaftlicher Schaden. Wieder einmal wird deutlich: Die EU interessiert sich genauso wenig für kulturelle Traditionen und Überlieferungen der europäischen Völker wie für den Verbraucherschutz.

**Die bisher in Deutschland verbotene Zugabe von Eichen-Chips, granuliertem Kork, Apfelsäure, künstlichen Aromastoffen, Gen-Enzymen oder Wasser ist ab sofort legal, weil die Brüsseler EU einmal mehr eingeknickt ist und im Streit um das Weinhandelsabkommen mit den USA nachgegeben hat.**

## Endlich heimatische Qualitätsmaßstäbe schaffen!

Das deutsche Reinheitsgebot von 1516 für deutsches Bier gilt seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 1996 für importierte Biere aus dem EU-Ausland nicht mehr. Der Schutz der europäischen Volkswirtschaften ist der EU ein Dorn im Auge, was sich auch in der aktuellen Änderung der Zuckermarktordnung zeigt, die den deutschen Zuckermarkt nicht mehr vor ausländischen Billigimporten schützt und katastrophale Einnahmehinbußen für inländische Zuckerrübenbauern zur Folge hat.

**Der Wein hat in Deutschland Tradition: er ist ein wertvolles Kulturgut.**

**Als landwirtschaftliches Erzeugnis ist der Wein deshalb mehr als nur ein Handelsobjekt.**

**Der deutsche Wein darf nicht im Wettkampf um den niedrigsten Preis kaputtgemacht werden.**



Selbstverständlich versucht die NPD, die kleinen und regionalen Unternehmen zu umgarnen. Vor allem sie sollen von staatlichen Wirtschaftsmaßnahmen profitieren. Zinsgünstige Kredite des Staates, Steuerfreiheit für im Unternehmen verbleibende Gewinne, Senkung der Erbschaftssteuer bei Betriebsübergabe sind ein paar der angesprochenen Themen. Die Forderung nach Streichung der Mehrwertsteuer für Güter des täglichen Bedarfes oder nach Reduzierung des Satzes auf 7 Prozent bei arbeitsintensiven und konsumnahen Dienstleistungen und 30 Prozent Mehrwertsteuer für Luxusgüter zeigen die Zielrichtung noch deutlicher.

Pauschalversprechungen für die heimische mittelständische Wirtschaft gehen selbstverständlich gut von der Hand. Sie sind aber zum einen vor dem Hintergrund der erforderlichen Gegenfinanzierung und zum anderen im gesamtwirtschaftlichen Kontext zu sehen. Verhält sich die NPD gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anbietend als Trittbrettfahrer in sozialen Fragen, so verhält sie sich ebenso opportunistisch in Bezug auf die Wirtschaft und deren Interessen. Die NPD ist auch wirtschaftspolitisch zutiefst unglaubwürdig und schadet, wie die Einbußen im Tourismus zeigen, unserem Land und vernichtet dadurch Arbeitsplätze.

## ZUSAMMENFASSUNG



1. Mai Demonstration der NPD in Rostock am 1. Mai 2010.

(Foto: Büttner)

Die Beispiele machen deutlich, dass die NPD die Soziale Marktwirtschaft abschaffen will.

Der Staat soll nach ihren Vorstellungen die großen Unternehmen führen, kleine und mittlere Unternehmen sollen über die Fläche verteilt und Absatz und Export beschränkt werden. In die Lohnbildung greift der Staat diktierend ein und kontrolliert „Geld-, Güter- und Menschenströme“.

Die NPD-Politik will grundlegende Freiheitswerte zugunsten diktatorischer Lenkung und staatsautoritärer Unterdrückung abschaffen. Sie will dieses Land in die totalitären Zeiten der Nazi-Diktatur zurückwerfen.

Wir treten dafür ein, dass in den Unternehmen und Betrieben die Soziale Marktwirtschaft gelebt wird. Verantwortung füreinander, Toleranz und klare Positionierung gegen Intoleranz, Fremdenhass und jede Form von Diskriminierung sind nicht nur die Voraussetzung für ein menschliches Miteinander in unserer Gesellschaft, sondern die Grundlage für jeden betrieblichen Erfolg. In diesem Sinne engagieren wir uns gemeinsam gegen rechtsextremistische Tendenzen in Mecklenburg-Vorpommern.

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Graf-Schack-Allee 10, 19053 Schwerin  
Telefon: 0385 6 356356  
Internet: [www.vumv.de](http://www.vumv.de)

DGB Bezirk Nord  
Dr.-Külz-Straße 18, 19053 Schwerin  
Telefon: 0385 6383 200  
Internet: [www.nord.dgb.de](http://www.nord.dgb.de)

Die VUMV und der DGB Nord unterstützen die Initiative  
**WIR-Erfolg braucht Vielfalt** sowie das Projekt  
der Betrieblichen beratungsteams **BBT**.

**Mecklenburg  
Vorpommern**   
*WIR. Erfolg braucht Vielfalt*

